



Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po (www.eiiv.eu)welfens@eiiv.uni-wuppertal.de
2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung; Wissensvorsprung für Entscheider

Pressemitteilung | - Deutschlands zu hohe Exportüberschüsse

werden im Finanzministerium gedankenlos und unverantwortlich bagatellisiert - EU-Destabilisierung von Schäuble indirekt angeschoben

Schäuble zu Deutschlands Mega-Exportüberschuß: Fehlsichten und EU-Fragen

Wuppertal, 25. April 2017

Der Internationale Währungsfonds hat **Deutschlands hohe mehrjährige Exportüberschüsse** kritisiert, die über 8% des Bruttoinlandsproduktes betragen. Finanzminister **Schäuble – und Staatssekretär Spahn – weisen diese Kritik und auch die entsprechenden Kritikpunkte von EU-Partnerländern zurück.** Die deutschen Überschüsse seien einfach Ausdruck hoher internationaler Wettbewerbsfähigkeit - so Spahn ohne Problemverständnis auch im ARD-Interview mit Tina Hassel am Tag der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Auch sei die Europäische Zentralbank mit ihrer Expansionspolitik schuld, die in allen Euro-Ländern zu einer Wirtschaftsexpansion beitrage; also auch zu steigenden Importen und spiegelbildlich zu höheren Exporten Deutschlands führe. **Das ist aber eine völlig verzerrende Darstellung und ein sonderbar widersprüchliches Abwiegen von Verantwortung.** Dass die IWF-Chefin Lagarde ihrerseits ihr Mandat überschreitet, wenn sie als Medizin gegen hohe Exportüberschüsse mehr Investitionen in den Breitbandausbau vorschlägt, steht auf einem anderen Papier. Die Aufsichtsfunktion des IWF kann zwar auf internationale ökonomische Ungleichgewichte hinweisen, dass man einem IWF- Mitgliedsland aber Einzelmaßnahmen nahe legt, ist eine unzulässige Einmischung. Die Politik Deutschlands kann aber durchaus sinnvoll die im Vergleich zur vereinbarten EU-Obergrenze von 6% bei den Netto-Güterexporten (relativ zum Nationaleinkommen) zu starke Leistungsbilanzposition korrigieren; und zwar speziell via Steuerpolitik, wobei auch europäische Glaubwürdigkeitsfragen bei Deutschland auf dem Spiel stehen.

Die Bundesregierung hat über Jahre immer wieder nachdrücklich gefordert, dass **vereinbarte Regeln in der EU einzuhalten** sind. Wenn Deutschland mehrjährig die vereinbarte Obergrenze von 6% Leistungsbilanzüberschussquote – so Schäuble – ignorieren will, dann ist das gegen deutsche Interessen in Europa. Die nämlich verlangen in Sachen Obergrenzen ja auch bei staatlichen Defizit- oder Schuldenquoten das Einhalten von vereinbarten Regeln. Wenn ausgerechnet Deutschland an wichtiger Stelle Regelverstöße über Jahre begeht, ist das offensichtlich nicht klug in Sachen Regelwerk.

Im Übrigen könnte die deutsche Leistungsbilanzüberschussquote sogar in 2017/2018 neuerlich ansteigen, da das globale Wachstum anzieht und damit auch die Nachfrage etwa nach hochwertigen Maschinen, Autos und Chemieprodukten aus Deutschland. Wenn Deutschland und einige andere Länder der Weltwirtschaft immer höhere Überschussquoten haben, dann steigen die Netto-Güterimporte vieler Handelspartner und damit deren Auslandsverschuldung. Diese steigende



Auslandsverschuldung wiederum beunruhigt zu Recht den Internationalen Währungsfonds, der die globalen Stabilitätsperspektiven ja mit in den Blick nehmen soll und dabei auch der **G20** zuarbeitet. Bei dieser Gruppe der größten Länder hat **Deutschland** 2017 den Vorsitz, aber ausgerechnet Berlin zeigt sich unflexibel und **ideenlos bei den Rekordüberschüssen**.

Aus ökonomischer Sicht kann natürlich nicht in Erwägung gezogen werden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen staatlich abzubremsen. Tatsächlich ist hier die Schäuble-Sicht sehr schief. Denn der Exportüberschuss eines Landes ist gesamtwirtschaftlich einfach der Unterschied zwischen der Produktion handelsfähiger Güter und der Inlandsnachfrage nach solchen Gütern. Gerade die Inlandsnachfrage aber kann die Bundesregierung mit zwei einfachen Maßnahmen erhöhen: Einerseits mit erhöhten öffentlichen Investitionen, wofür das Finanzministerium auch vorsichtig die Weichen gestellt hat. **Andererseits aber vor allem über eine Senkung der Mehrwertsteuersätze** um gut zwei Prozentpunkte – bei dieser Politikoption ist bislang überhaupt nichts passiert. **Die bei verminderten Mehrwertsteuersätzen eintretende Verbilligung inländischer Güter erhöht die Inlandsnachfrage, der Exportüberschuss wird dann geringer.** Die günstige Staats-Haushaltssituation erlaubt eine solche Maßnahme ohne weiteres; **etwas höhere Umweltsteuern könnten zwecks Etatstabilität und Umweltqualität** erwogen werden.

Es ist ein Gebot europäischer Verantwortung, die deutsche Überschussquote nicht einfach passiv laufen zu lassen und damit auch noch deutschen Interessen in Europa und weltweit zu schaden. Ein so großes Land wie Deutschland muss eben auch Auswirkungen der eigenen Politik – auch des Nichthandelns – auf Partnerländer mitbedenken; und die Rückwirkungen auf Deutschland dazu. Dass man sich bei einer Verminderung der Überschussquote nebenbei auch klug aus dem politischen Sperrfeuer aus Washington heraus manövriert, wäre ein zusätzlicher Vorteil. **Da kritisiert Trump** allerdings Deutschlands Exportüberschüsse **ohne klaren Grund**, da transatlantisch die Leistungsbilanzposition der Eurozone und nicht eines einzelnen Euro-Landes wichtig ist. Obendrein haben neueste OECD-Veröffentlichungen gezeigt, dass Deutschlands Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich eine der höchsten ist. Auch von daher ist eine zügige Mehrwertsteuersenkung seitens der Bundesregierung nötig.

Der Westen ist in einer Krise. In Großbritannien findet sich in einem nicht regelkonformen Referendum eine knappe Mehrheit zum EU-Austritt – Premier Cameron verschwieg in seinem Regierungschicksal ausgerechnet im Vorfeld des Referendums, dass sein eigenes Finanzministerium in einer Studie aus dem April 2016 die BREXIT-Kosten bei 10% Einkommensverlust für UK angesetzt hatte. Wäre diese Zahl in der 16seitigen Cameron-Referendums-Infobroschüre für die Haushalte zu lesen gewesen, hätte gemäß bekannter UK-Popularitätsfunktion zum Zusammenhang von Wachstum und Regierungspopularität das Referendum eine 52% Pro-EU-Verbleib-Mehrheit gebracht. Wieso der neue US-Präsident Trump den BREXIT positiv einstuft und damit jeder politischen Vernunft und 70 Jahren US-Politik in Sachen EU-Integration widerspricht, ist ein Rätsel. Dass Trump als Präsident der USA gewählt wurde und den protektionistischen Führer der

westlichen Welt spielen will, ist sonderbar. Rationalität und ökonomische Vernunft im Westen sind selten geworden; die **handwerklichen Fehler und Fehldiagnosen der Wirtschaftspolitik** sind in vielen EU-Ländern gewaltig. Deutschland ist nur eine halbe Ausnahme, Frankreich mit seiner national einheitlichen Mindestlohnpolitik ist z.T. ökonomisches Absurdistan – drei Jahrzehnte mit dreifach so hoher Jugendarbeitslosenquote wie in der Schweiz haben Frankreichs Regierungen zu verantworten; in Kombination mit stark gewaltbereiten Islamistischen Strömungen seit 1979 sind solche hohen Arbeitslosenquoten lebensgefährlich. Italien hat seit 1995 einen massiven Mangel an wachstumsförderlichen Reformen. Obendrein gibt es Euro-Konstruktionsprobleme und es gab unverantwortliche Regierungen Griechenlands. Mit Egoismus und fehlerhafter Politik kann man keine erfolgreiche EU regieren und fürs 21. Jahrhundert entwickeln. Wenn 40% der Wählerschaft in Frankreich am 23.4 radikale Kandidaten wählten, kann das Deutschlands Regierung kaum kalt lassen. **Macrons Kritik** an den deutschen Exportüberschüssen sollte Berlin also dreifach ernst nehmen.

Forthcoming: Paul Welfens, An Accidental Brexit, London: Palgrave Macmillan

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, dort zudem Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls Makroökonomik. Außerdem ist er Vorsitzender des Forschungsinstituts bdvb, Düsseldorf; Non-resident Senior Research Fellow am AICGS der Johns Hopkins University, Washington DC sowie IZA Research Fellow, Bonn.

Paul J.J. Welfens [Brexit aus Versehen](#) **Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU**, 2017, 401 S., Hardcover € 19,99 (D) | ISBN 978-3-658-15874-3 **Auch als eBook (€ 14,99)**

Kontakt Christina Wiens | Sekretariat | tel 0202 439-1371 | wiens@eiiw.uni-wuppertal.de